

Inserate

werden angenommen
in Posen bei der Expedition
der Zeitung, Wilhelmstr. 17,
Ges. Ad. Schles., Hoflieferant,
Gr. Gerber- u. Breiteit.-Ede,
Haus Nitsch, in Firma
J. Hermann, Wilhelmplatz 8.

Verantwortliche Redakteure:
F. Hachfeld für den politischen
Theil, A. Beer für den übrigen
redaktionellen Theil, in Posen.

Posener Zeitung

Reimundenzigster Jahrgang.

Nr. 852

Die „Posener Zeitung“ erscheint wöchentlich drei Mal,
an Sonn- und Feiertagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierter
Jährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für
ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen
der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Montag, 5. Dezember.

Inserate
werden angenommen
in den Städten der Provinz
Posen bei unseren
Agenturen, ferner bei den
Annonsen-Expeditionen
Pub. Post, Hasenstein & Vogler & C.
G. J. Deubel & Co., Invalidenbank.

Verantwortlich für den
Inseratenthell:
J. Klugkist
in Posen.

1892

Deutscher Reichstag.

8. Sitzung vom 3. Dezember, 12 Uhr.
(Nachdruck nur nach Übereinkommen gestattet.)

Die Denkschrift über die Ausführungen der seit 1875
erlassenen Anleihegesetze wird durch Kenntnisnahme
erledigt.

Es folgt die erste Berathung des Gesetzentwurfs wegen Ab-
änderung des Gesetzes vom 23. Mai 1873, betr. die Gründung und
Verwaltung des Reichs-Invalidenfonds.

Abg. Dr. Osann (nl.) beklagt es, daß das Militärpen-
sionsgesetz dem Reichstage noch nicht vorliege. Denn dasselbe
sei die Voraussetzung für die Bewilligung des vorliegenden Gesetzes.
Insbesondere müßten die Ansprüche der Invaliden gesetzlich fest-
gelegt und die Leistungen für die Invaliden der letzten Kriege unter
Berücksichtigung der gesetzerten Lebenshaltung erhöht werden. Die
nationalliberale Partei werde bis zur Regelung dieser Materie dem
vorliegenden Gesetz gegenüber sich ablehnend verhalten.
Man könne dem Gesetz umso weniger zustimmen, als jede Über-
sicht fehle, wie hoch sich die Leistungen des Invalidenfonds nach
Zustandekommen eines Militärpenzionsgesetzes stellen werden.

Schatzkretär Frhr. v. Malzahn: Eine Novelle zum
Militärpensionsgesetz liegt dem Bundesrat vor.
Diese Frage sowie der vorliegende Entwurf müssen gleich und gleich
behandelt werden. Das vorliegende Gesetz nimmt den Invaliden-
fonds nur insoweit in Anspruch, als er nicht durch den eigentlichen
Zweck des Fonds in Anspruch genommen wird. Die Novelle hat
sich etwas verzögert und wird noch in dieser Session den Reichs-
tag beschäftigen. Wir brauchen größere Betriebsfonds, die doch
besser aus dem Reich zur Verfügung stehenden Mitteln als
aus Anleihen genommen werden.

Abg. Dr. Hartmann (klon.): erklärt seine prinzipielle Zu-
stimmung zu der Vorlage, da der Invalidenfonds viel höher sei, als
er für Pensionszwecke in Anspruch genommen werde. Selbst nach
Abzug der geforderten 67 Millionen würde genügendes Kapital
bleiben, um alle berechtigten Ansprüche der Invaliden zu befriedigen.
Redner befürwortet die Verweisung der Vorlage an eine
Kommission.

Abg. Richter (dfr.): Daß wir für eine Erweiterung
der Invalidenversorgung Interesse haben, haben wir be-
wiesen durch unsere Anregung in der vorigen Session. Ich bin
durchaus nicht der Ansicht, daß der Reichsinvalidenfonds unter allen
Umständen in dem vollen jetzigen Antrage für Invalidenpensionen
reservirt bleiben soll. Trotzdem sind meine Freunde Gegner
der Vorlage, weil wir im Augenblick sie an und für sich nicht
für gerechtfertigt erachten. Die Vorlage ist begründet mit Rück-
sicht auf die Matrikularbeiträge der einzelnen Bundesstaaten,
die sich als Vorschüsse der Einzelstaaten an das Reich darstellen.
Das hat eine konstitutionelle Bedeutung. Die Matri-
kularbeiträge haben tatsächlich die Bedeutung einer Einnahme des
Reiches und berühren somit das Einnahmebevollmächtigungs-
recht des Reichstages. Dieses Recht, das heute schon nur
geringe tatsächliche Bedeutung hat, dürfen wir nicht schwächen.
Man nimmt an, daß es sich doch nur um eine Saldoberech-
nung handelt, weil man die Beiträge, die man von den Bundes-
staaten entnimmt, wieder zurückgezahlt werden in Form von Neben-
leistungen. Auf diesen Standpunkt eines Privat-
bankhauses kann ich mich aber nicht stellen. Der Zweck des
Gesetzes geht darin, die Zahlungen der Bundesstaaten für den An-
fang aufzuheben, um ihnen eine Erleichterung zu bringen. Aber
diese Veränderung würde nur ein Schlag ins Wasser sein, das
würde erst zur praktischen Bedeutung kommen am Ende des Jahres
und auch dann erst, wenn die Überweisungen die Matrikularbeit-
räge übersteigen. Jetzt sind diese Überweisungen noch größer.
Wie lange das aber so bleiben wird, ist zweifelhaft. Für Sü-
Deutschland besteht schon jetzt das umgedrehte Verhältnis. Man
meint, es wäre doch eigentlich, daß das Reich Zahlungen von
den Bundesstaaten verlangt, obgleich diese doch mehr von dem
Reich zu fordern haben. Man vergibt aber, daß die Forderungen
der Bundesstaaten an das Reich nicht ebenso liquide sind wie ihre
Schulden. Es kann doch niemanden entgehen, daß aus dem
preußischen Finanzministerium in letzter Zeit wieder-
holt Führer ausgetreten sind, und ich möchte darauf, besonders die
Zentrumspartei aufmerksam machen, um die Clausel zu schaffen,
die ansonsten zu beleidigen. Ich schwärme nicht für die-
selbe. Aber solange sie das einzige Mittel für die Einnahmebewilligung
des Reichstags darstellt, möchte ich diese Klausel nicht matt setzen.
Dann wird ein Grund für die Verstärkungen des Betriebsfonds
hergestellt aus den Bedürfnissen des Unfallver-
sicherungsgesetzes. Wenn es zu einer Unfallversicherungs-
Novelle kommt, dann müßten die Unfallversicherungs-Genossen-
schaften gezwungen werden, dafür zu sorgen, daß die Mittel für
die Auszahlungen der Renten sofort vorhanden sind, damit nicht
der Betriebsfonds des Reiches, in Folge zu leistender Vorschüsse,
bedroht wird. Wenn ich recht verstanden habe, verlangt die
Reichsbank, daß ihr ein eiserner Vorschuß von 10 Millionen
geleistet wird als Garantie für die Wahrnehmung
der Finanzgeschäfte der Reichsbahnen. Ich
weiß nicht, ob ein solcher Anspruch erhoben werden kann. Wenn
aber selbst die Verpflichtung beständige, die 10 Millionen der Reichs-
bank zuzuführen, so kann das doch aus den vorhandenen Baar-
ständen geschehen, denn ich glaube, daß an verschiedenen Stellen
noch viel zu große Baarstände gehalten werden. Wenn man
dazu käme, ein größeres Bedürfnis der Reichsbahn noch einen ver-
stärkten Betriebsfonds zu bejahen, so würde ich doch lieber den
Weg der Bewilligung einem vorher Schätz annehmen
als den dauernden Anleihen vorziehen. Bei den erstenen
findt wie jeder Zeit in der Lage, die Ermächtigung einzurichten,
und deshalb hat auch diese Seite ihre erhebliche konstitutionelle
Bedeutung. Vor Allem aber entscheidet für mich die Frage, ob die
Organisation der Reichsfinanzen - Verwaltung - derartig ist,
daß man ihr neue Machtmittel in die Hand geben
dürfen. Ist eine so erdrückende Änderung überhaupt
notwendig? Die Begründung spricht davon viel zu wenig.
Allen juristischen Begriffen widerspricht es auch, den Chemnitz als
Gehälter bezeichnet zu können. Die Bestimmungen über Ausschluß

Abg. Frhr. v. Buol (str.) glaubt, daß die vom Abg. Richter
vorbrachten Einwände in einer Kommission näher geprüft werden
müssen. Aber eine Abweisung des Gesetzes a limine sei nicht an-
gängig.

Schatzkretär Frhr. v. Malzahn: Durch die Ausführungen
des Abg. Richter bin ich nicht überrascht gewesen, denn ich habe
sie bereits unmittelbar nach Bekanntwerden der Vorlage in der
„Freiheitlichen Zeitung“ gelesen. Neue Gesichtspunkte habe ich in
seiner heutigen Rede nicht entdeckt. An dem verfassungsmäßigen
Recht des Reichstages, Matrikularbeiträge zu bewilligen, wird durch die Vorlage nichts geändert.
Ebenso wenig wird an der Clausula Frankenstein gerüttelt. Ob
Sie die Bewilligung für den 1. April oder 1. Juli machen, ist
gleichgültig. Ebensowohl ist es gleichgültig, wenn die Überweisungen
erfolgen. Auch die Ausführungen über die Reichs-
bank habe ich bereits in der „Freiheitlichen Zeitung“ gelesen.
Aus der Verpflichtung der Bank, den Betriebsfonds des Reichs zu
verwalten, folgt noch nicht die Verpflichtung des Reichs, der Bank
Zuschüsse zu gewähren.

Abg. Lucius (Rp.) wünscht Verweisung der Vorlage an die
Budgetkommission.

Abg. Frhr. Stauffenberg (dfr.): Das Entscheidende ist, daß
die Einzelstaaten so viel Matrikularbeiträge zu zahlen haben, wie
durch das Gesetz festgelegt wird. Nicht entscheidend ist eine
Privatrechnung, die nachher aufgestellt wird. Die Frage ist, ob es
notwendig ist, diese Verstärkung des Betriebsfonds vorzunehmen,
und wenn diese Frage bejaht wird, ob die Verstärkung aus dem
Invalidenfonds entnommen werden darf. Das rechtliche Verhältnis
bleibt formal bestehen, darin hat der Schatzkretär Recht.
Allein in der Praxis ändert sich die Sache. Bei Entfernung
der clausula Frankenstein wollte man weitgehende konstitutionelle
Garantien schaffen, und da das nicht möglich war, war die Franken-
stein'sche Klausel das letzte Mittel, um wenigstens das Bewilligungs-
recht des Reichstag zu sichern. Sie ist nichts mehr wert, sobald
die Empfehlung verloren geht, daß die Matrikularbeiträge nach
wie vor nach dem Gesetz zu zahlen sind. Wenn auch das
Bild, welches der Schatzkretär von dem Verhältnis der Reichs-
bank zur Reichsfinanz gegeben hat, im Allgemeinen richtig
ist, so trifft es im Einzelnen doch nicht völlig zu; denn das deutsche
Reich steht zur Reichsbank in dem Verhältnis, daß sie auch zu
Leistungen verpflichtet ist, zu welchen der einzelne Bankier nicht
verpflichtet wäre. Mit Notwendigkeit wird es dahin kommen, daß
späterhin die Aufwendungen für Invalidenpensionen so groß sein
werden, daß es zweifelhaft ist, ob sie aus dem Invalidenfonds be-
friedigt werden können. Im bayerischen Landtag ist gesagt
worden, die Mittel sind dazu nicht vorhanden, und jetzt entnimmt
man dem Invalidenfonds 67 Millionen zu anderen Zwecken!

Staatssekretär Frhr. v. Malzahn erwidert, daß Unterstützungs-
fordernisse einzelner Bundesstaaten von der Reichsverwaltung
niemals abgelehnt worden seien.

Abg. Richter (dfr.): Der Reichsschatzkretär hat hervorgehoben,
daß er meine Ausführungen bereits in Artikeln der „Frei. Ztg.“
gelesen habe. Ist denn seine Vorlage so hältlos, daß man jeden
Tag neue Gründe dagegen geltend machen muß? (Sehr richtig!
links.) Ich habe auch Alles in der „Nordd. Allg. Ztg.“ schon
vorher gelesen, was der Schatzkretär hier gesagt hat. Es ist ja
erfreulich, daß er der Lektüre der „Frei. Ztg.“ solche Aufmerksam-
keit zuwendet. Er wird ja wohl mit der Zeit größeren Nutzen
davon haben. Aber andere Mitglieder haben die Lektüre vielleicht
weniger notwendig, als der Reichsschatzkretär. Ich kann also
doch nicht sagen: bitte, vergleichen Sie den und den Artikel der
„Frei. Ztg.“! Wenn aber der Reichsschatzkretär vorher wußte,
was ich sagen werde, dann ist es um so wunderbarer, daß er nicht
im Stande war, meine Ausführungen sachlich zu widerlegen.
(Beifall links.)

Die Vorlage wird darauf an die Budgetkommission
verwiesen.

Es folgt die erste Berathung der lex Heinze.

Abg. v. Holleußer (kon.): Meine politischen Freunde sind
damit einverstanden, daß der Polizei die Möglichkeit gegeben wird,
die Prostitution zu kriminalisieren. Denn es müssen Zu-
stande beseitigt werden, nach denen es möglich ist, daß ehrbare
Familien mit Prostituierten auf demselben Korridor wohnen. Auch
die Strafverfolgung gegen die Zuhälter wird sich
vollgern mit Befriedigung aufgenommen werden. Mit den übrigen
Bestimmungen der Vorlage sind meine Freunde ebenso im Großen
und Ganzen einverstanden. Ich beantrage die Verweisung des
Entwurfs an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Abg. Grüber (str.): Einzelne Bestimmungen des Entwurfs
sind durchführbar, andere undurchführbar, noch andere von zweifel-
hafter Bedeutung. Der Prozeß Heinze, der die Veranlassung zu
der Vorlage gegeben hat, wäre bei jedem anderen Gericht hinter
verschlossenen Thüren verhandelt worden, und der Skandal wäre
vermieden worden. In Berlin scheint man aber mit einem solchen
Prozeß Nebenzweck zu verbinden. Die wichtigste Bestimmung ist
die über die Strafverfolgung gegen die Zuhälter, aber die Definition im Texte des Gesetzes ist doch zu
allgemein. Was heißt „besondere Röhrigkeit“ oder „Sitten-
losigkeit“? Wenn man besondere Röhrigkeit scharf bestraft, warum ge-
sieht nicht dasselbe bei besonderer Bosheit? Hier kommt auch
die Frage des Strafvollzuges, die nicht in allen
Staaten gleichmäßig geregelt ist, in Betracht. Denn da, wo der
Strafvollzug Sache der Verwaltung behörde ist, ist die Gewähr
einer unparteiischen Behandlung der Sache nicht gegeben. Daß
der Entwurf aus Anlaß eines einzelnen Falles fertig
gestellt worden ist, muß als ein besonderer Mangel angesehen wer-
den. Eine solche Sache hätte einer sehr gründlichen Durcharbeitung
bedurft. Sehr zweifelhaft ist der Erfolg der Käserin
und Lokalisierung, die gewissermaßen mit einer Konzession
verbunden ist. Diese Konzession hängt von der Willkür der Polizei ab,
der wir doch nicht noch neue Machtmittel in die Hand geben
dürfen. Ist eine so erdrückende Änderung überhaupt
notwendig? Die Begründung spricht davon viel zu wenig.
Allen juristischen Begriffen widerspricht es auch, den Chemnitz als
Gehälter bezeichnet zu können. Die Bestimmungen über Ausschluß

Inserate, die jedesgelebte Zeitung vor deren Raum
in der Morgenauflage 20 Pf., auf der letzten Seite
20 Pf. in der Mittagauflage 25 Pf., an bevorzugter
Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die
Mittagauflage bis 8 Uhr Vormittags, für die
Morgenauflage bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

Inserate
werden angenommen
in den Städten der Provinz
Posen bei unseren
Agenturen, ferner bei den
Annonsen-Expeditionen
Pub. Post, Hasenstein & Vogler & C.
G. J. Deubel & Co., Invalidenbank.

Verantwortlich für den
Inseratenthell:
J. Klugkist
in Posen.

der Offenheitlichkeit scheinen mir sehr widerprüfsvoll zu sein. Sie
sind aber auch ganz und gar undurchführbar. Um die vielen Details
eingehend besprechen zu können, beantrage ich, die Vorlage an eine
Kommission von 14 Mitgliedern zu verweisen. (Beifall im Zentrum.)
Abg. Schneider (Ham.): Der Prozeß Heinze hat Maß-
stände zu Tage gefördert, welche schon lange bekannt gewesen sind,
auch bereits welche Kreise eingehend beschäftigt haben. Die gewerbs-
mäßige Unzucht läßt sich nicht völlig unterdrücken. Man muß
also Maßregeln zu treffen suchen, mit denen man diesem sozialen
Uebel begegnen könnte. Die Käserin wäre ganz
wünschenswert. Bezüglich der Verschärfung des Strafvollzuges bin ich der Meinung, daß die schärfsten Be-
stimmungen bei so schwerwiegenden Nebelständen angebracht sind,
auch bevor noch ein Reichsgesetz erlassen ist. Es kommen Vorfälle
so bestialischer Natur vor, daß dafür selbst Strafen angebracht sind,
der Nebelhäuter an seinem eigenen Körper empfindet. Bloße
Gefangenstrafe reicht für Röhrigkeitsverbrechen nicht aus. Die ge-
werbs- und gewohnheitsmäßige Herstellung von unsittlichen
Schriften muß scharf bestraft werden. Aber es geht
doch zu weit, wenn man den einzelnen Privatmann, in dessen Besitz
eine obische Schrift gefunden wird, mit Strafe bedroht. Im All-
gemeinen liefern die Bestimmungen des Entwurfs eine geeignete
Grundlage für die Berathungen der Kommission.

Abg. Träger (dfr.): In dem vorliegenden Falle würde ich, da
die Vorlage ein allgemeines Interesse hat, ihre Verweisung an
eine Kommission von 21 Mitgliedern befürworten, die nicht aus
lauter Juristen besteht. Die Vorlage ist ein Gelegenheits-
gesetz und ab irato gemacht. (Beifall links.) Alle diese
Nebelstände waren in längst vorhanden und längst bekannt, und es
fragt sich, ob die Gefahr so groß ist, daß gelegentlich eingegriffen
werden muß. Der schlimme Charakter des Gelegen-
heitsgesetzes zeigt sich darin, daß man diese Gelegenheit
benutzt, um auch an andern Stellen Aenderungen vorzunehmen.
Das ist aber gerade auf dem Gebiete des Strafrechts bedenklich.
Die Motive befürworten die Strafverschärfung von einem Tage
auf vier Wochen mit der bisherigen Praxis, die sie als
zu milde missbilligen. Zunächst ist gerade auf dem Gebiete
des Strafrechts alles individuell, und das Urteil des Richters
hängt sehr von der Persönlichkeit des Angeklagten über-
haupt ab. Diesem freien Ermessen des Richters aber
sollte man keine Einschränkung auferlegen. Daß der Richter aber
gewöhnlich in ihrer Verurteilung über einen Tag nicht hinaus-
gehen, ist mir unbekannt, und ich bin auf die dahin gehende Statistik
neugierig. Wenn man bezüglich des Zuhälterparagraphen viel-
leicht einverstanden sein kann, so muß doch die gerundete Form, in
der der Begriff des Zuhälterweises definiert wird, bedenkt werden.
Was die Frage der Käserin betrifft, so ist es eine zweck-
mäßige Frage, ob die in Freiheit dressierte oder laserte Prostitution
der Offenheitlichkeit mehr Sicherheit bietet. Die Prostitution
wird aber nicht aus der Welt geschafft werden und am aller-
wichtigsten mit strafrechtlichen Maßregeln. Die Motive geben uns
nicht genügend Material über die Notwendigkeit solcher Maß-
regeln. Daß auch die Verkuppelung der Frau durch
den Chemnitz Strafgerichtlich verfolgt werden kann, damit bln
ich einverstanden. Ich glaube auch, daß die Zuhälter die gefähr-
lichsten Elemente sind. Nun geht das Gesetz von dem Grundsatz
aus: Wehr Dir, daß Du ein Zuhälter bist. Was aber ein Zuhälter ist, kann man aus dem Gesetz nicht erkennen. Der Richter wird das Kriterium des Zuhälters lediglich aus den Aussagen
der Polizei entnehmen müssen. Wir müßten bestimmte, greifbare
Thatbestandmerkmale herausfinden für den Begriff des Zuhälterthums, damit nicht alles in der Willkür der Polizei liegt.
Abg. Schneider ist darüber leichter Herzogen hinweggegangen, daß
der Besitz unzüglicher Bilder oder Bücher straf-
bar sein soll. Diese Bestimmung liefert gerade zu einer öffentlichen
Handlung der Rechtsfreiheit des Einzelnen ein, sie kann eine Verlebung künftiger risicher
Interessen und eine Unterdrückung berechtigter Richtungen
der Kunst auf indirektem Wege herbeiführen. Schon heute ist die
Stellung eines verantwortlichen Redakteurs keine beneidenswerthe.
Jetzt wird sie noch unangenehmer, da sogar Anpreisungen und Anfüllungen von gewissen Schriften
bestraft werden. Daraus kann man alles mögliche machen. Wenn
ein älterer Herr in einer Annonce Briefwechsel mit einer Dame
beabsichtigt Verherrlichung sucht, warum soll man ihm nicht glauben
daß er es ernst meint? Soll man denn von einem
„älteren“ Herren immer annehmen, daß er auf verdächtigen
Wegen wandelt? Aber es könnte auch kommen, daß, wenn
er es in einer Zeitung sucht, die sonst von loyaler Ge-
stimmung ist, der Redakteur unangetastet bleibt, wenn er es aber
in einer oppositionellen Zeitung sucht, daß dann der Redakteur zur
Verantwortung gezogen wird. Solche Bestimmungen sind un-
annehmbar. Nicht anders ist es mit den Darstellungen, die ohne
unmittellich zu sein, öffentliches Vergerniß erregen. Hier
wird es eine Preisauflage sein, das richtige Kriterium zu finden,
was, ohne unmittellich zu sein, das Sittlichkeitsgefühl verletzen kann.
Dagegen müssen wir uns wehren, denn unsere Kultur und Kunst
dürfen wir nicht in die Hand des Strafrichters geben. (Sehr
richtig!) Seit langer Zeit ist es ein Wunsch der liberalen Partei, den Strafvollzug gesetzlich geregelt zu sehen, und jetzt
wird uns zugemutet, noch ehe das geschehen ist, eine Straf-
verschärfung einzutreten zu lassen. Die folgende Materie ist erst in
dem Augenblick diskutabel, wo wir ein Gesetz über den Strafvollzug
haben. Nach den Bestimmungen der Vorlage soll die Straf-
verschärfung in den ersten sechs Wochen der Haft eintreten. Das halte ich für unlogisch: denn wenn man es dem
Manne in den ersten sechs Wochen so unbehaglich als möglich
macht, und später diese Verschärfungen weglassen, so ist bei seiner
Entlassung der ganze Eindruck verwischt. Wenn man wirklich einen
Eindruck erreichen wollte, dann müßte die Strafverschärfung in
den letzten 6 Wochen der Haft eintreten, denn nur dann würde
der unangenehme Eindruck bleiben. Ich halte aber diese ganzen
Bestimmungen über Strafverschärfung für unrichtig; sie sind die
erste Etappe zur Prügelstrafe. Dann die Begriffe von Röhrigkeit und Sittenlosigkeit! Ich kenne viele

große Städte: es kommt in allen vor, daß höchst anständige Damen von unverschämten, sehr fein und nobel gekleideten Herren belästigt werden. Die treffen Sie mit den Bestimmungen nicht. Dergleichen Belästigungen und Ausschreitungen werden nicht bloß von den sogenannten unteren Klassen, sondern auch von den oberen Klassen ebenso reichlich verübt. Die Bestimmungen über die Differenzialität, daß, auch wenn die Öffentlichkeit zugelassen ist, die Veröffentlichung der Verhandlungen gebündert werden kann, verstehe ich nicht. Hier würde die Presse die Rechte bezahlen. Weshalb soll ein Blatt solche Verhandlungen, zu denen jedermann Beiträgt hat, nicht auch veröffentlichen? Wenn die Vorlage überhaupt zu Stande kommen soll, werden wir durchgreifende Verbesserungen anbringen müssen. (Beifall links.)

Staatssekretär im Reichsjustizamt Dr. Hanauer (auf der Tribüne fast unverständlich): Von verschiedenen Seiten ist auch heute wieder — und in gewissem Sinne mag das richtig sein — gesagt worden, wir hätten ein Gelegenheitsgesetz gemacht. Wenn einmal bei einer Gelegenheit Mätzstände so grell beleuchtet werden, wie es bei dem Hettwischen Prozeß geschehen ist, da muß die Gesetzgebung eingreifen. Überdies ist die Vorlage in diesem Jahre wieder eingebrochen, weil die verbündeten Regierungen auch jetzt noch nach reiflicher Überlegung das Bedürfnis nach einer solchen Vorlage anerkennen müssen. Auch die Bestimmungen über die Strafverfahren sind bemängelt worden. Es muß doch anerkannt werden, daß die Zuhälter zu den rohesten und sitzenlosen Menschen gehören. Das beweisen die gerichtlichen Vorgänge und die Strafstatistiken. Da ist doch der Gedanke der Erwaltung wert, ob in bestimmten Fällen eine Strafverschärfung eintreten muß. Wann sie eintreten soll, kann nicht bestimmt werden. Nun hat man gemeint, man müsse mit dem Gesetz bis zum Erlass eines Strafvolllzugsgezes warten. Hier handelt es sich aber um Bestimmungen, die gar nicht unter den Strafvollzug fallen.

Abg. Bebel (Soz.): Die Regierung hat zur Begründung der Vorlage, deren Gegner ich bin, gar kein polizeilstatistisches Material beigebracht. Man begründet die Vorlage mit besonders grell hervorgebrachten Mätzständen. Warum schafft man nicht in gleicher Weise Hilfe gegen die sozialen Mätzstände der brutalen Soldatenmiztshandlungen, die mindestens ebenso grell sind wie diejenigen, welche sich beim Prozeß Heinze herausgestellt haben. Aber freilich, man heißt sich nur dann, Gesetze zu schaffen, wenn Mätzstände in den unteren Schichten hervortreten. Es ist bezeichnend für die übrigen Parteien, daß sie behaupten, die Prostitution könne nicht abgeschafft werden, aber man müsse eine Einrichtung treffen, daß sie den leuschen Augen der Gesellschaft verborgen bleibt. Die Prostitution ist ein Produkt unserer Gesellschaftsordnung, und sie tritt um so schärfer da hervor, wo die gesellschaftlichen Gegenseitigkeiten am schroffsten sind, da wo die weibliche Arbeit am schlechtesten bezahlt wird. Wenn man die Frau, die sich prostituiert, bestraft, dann sollte man doch auch die Männer, die die Prostitution benutzen, bestrafen (sehr richtig bei den Sozialdemokraten). Die erste Aufgabe für Sie wäre doch, zu forschen, woher die Prostitution gekommen ist. Der Hauptgrund liegt nach allgemein anerkannten Bezeugnissen in dem ungenügenden Gewerbe der weiblichen Personen. Wenn man das Büdertum beschränkt, so wird man durchaus nicht die Zahl der Verbrecher verringern, denn da jenen Personen nun ein Erwerbsmittel genommen wird, werden sie erst recht in die Arme des Verbrechens geführt. Durch Konservierung hindert man die Ausbreitung der Prostitution nicht. Im Gegenthell, man befördert geradezu das Großunternehmertum in der Prostitution. Man will also den Büdertum, den Detektivisten vernichten, während der Staat den Grossisten beschützt. Gerade die Toleranzhäuser, wie sie eingerichtet werden sollen, führen noch größere Nebelmätzstände herbei, die Ausbeutung wird noch größer sein. Man zwingt die Frauen dadurch geradezu, an Leib und Seele zu Grund zu gehen, da man ihr tatsächlich jede Möglichkeit nimmt, sich einmal zu rehabilitieren. Die Toleranzhäuser sind nicht anders, als eine staatlich organisierte Kuppelei. Der Staat selbst trägt zur Vermehrung der Prostitution bei, namentlich in den Garnisonsstädten, indem er die Verheirathung der Unteroffiziere und Offiziere erschwert. Die übrigen Parteien erkennen sogar die Prostitution als eine berechtigte und nothwendige Einrichtung an wie Staat, Schule, Kirche. Wie vereinigt sich das mit den Lehren des Christentums? Daß man in den Zeiten des Militarismus dazu kommt, die Prostitution zu konservieren, wundert mich nicht, vielleicht kommt man sogar dazu, von Staats wegen solche Kasernen zu bauen. Die allgemeine Sittlichkeit wird durch derartige Einrichtungen eher geschwächt als gefördert; denn es entsteht die Meinung, daß der Besuch solcher von dem Staat gut gebeizener Häuser nicht unsittlich sei. Die polizeiliche Beaufsichtigung der Prostitution trägt durchaus nicht zur Verhinderung geschlechtlicher Krankheiten bei, ganz das Gegenteil ist der Fall. Die heranwachsende Jugend wird durch solche Toleranzhäuser geradezu verdorben, da sie durch deren Existenz erst auf Dinge aufmerksam wird, die sich sonst ihrer Kenntnis entziehen würden. Die Strafen, die in der Novelle vorgesehen werden, sind geradezu ungeheuerlich. Wenn diese Novelle Gesetz wird, dann müßte man ja die Figuren auf der Schloßbrücke gänzlich bestrafen (sehr richtig! links). In Dresden ist man freilich anders verfahren. In dem Garten vor dem dortigen Schloss waren zwei Hertulesse in voller männlicher Schönheit ausgestellt. Als ich neulich nach Dresden kam und den Garten besuchte, fand ich zu meinem großen Erstaunen, daß die Hertulesse Feigenblätter bekommen hätten. (Hinterher.) Herr Reichensperger hat sich einmal über die nackten Jungen auf den Reichslässenschaften belästigt (Heiterkeit), und in der That sind sie auf den späteren Scheinen bestellt worden. Eine nackte Statue soll in einem Museum ausgestellt sein dürfen, ihre photographische Abbildung soll aber bestraft werden dürfen. Die verschiedenartigsten Urtheile werden sich da zusammenfinden. Mein Buch über die „Frau“ ist neulich von einem Landrat als unsittlich charakterisiert worden, während es einstmal ein Pastor in der „Konservativen Monatschrift“ als ein höchst sittliches bezeichnet hat. In den Ballts seien sich ja Männer aller Parteien Dinge, die in hohem Grade auf den Sinnentzettel wirken, ruhig an. (Heiterkeit.) Vieles, wobei der Großstädter sich gar nichts denkt, erfüllt den hierher kommenden Kleinstädter mit großer Entrüstung. Herr v. Rieckhosen, der ja als Landrat aus der Provinz hierher gekommen ist, hat allerdings schon lernen müssen, seine Begriffe aus der Provinz zu ändern. Besondere „Sittlichkeit“ soll bestraft werden. Zu welchen Urttheilen wird man da kommen, wenn man schon jetzt eine Majestätsbeleidigung darin erblickt, daßemand bei einem Hoch auf den König den Saal verläßt? (Sehr richtig! links.) Hat nicht der Distanzritt größere Robheit zu Tage gefördert, als je die Prostitution? Liegt nicht in der Matziger Säbelaffaire eine besonders große Robheit? Und die Leute, die hier rob gewesen sind, werden nicht bestraft, sondern werden überall als Kavaltere von hohem Ansehen betrachtet. Nach den Urttheilen sachverständiger Männer ist auch in das Studentenleben ein Maß von Robheit eingeschlossen, welches das in der Prostitution sich geltend machende weit übersteigt. Eine Strafverschärfung brauchen wir nicht. Die Gefängnisstrafe ist schon jetzt hart genug, ein härteres Bett, als man dort jetzt bereits erhält, kann es kaum noch geben. Wir werden gegen das Gesetz stimmen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Nach einer auf der Tribüne unverständlichen Erwiderung des

Staatssekretärs Dr. Hanauer wird die weitere Berathung auf Dienstag 1 Uhr vertagt. (Vorher Interpellationen Hitzig, betreffend Handwerkerfrage und die Abzahlungsgeschäfte.)

Schluß 4½ Uhr.

Deutschland.

Berlin, 4. Dez. Die Berathung über die lex Heinze hat, wie es der Stoff so mit sich brachte, einen etwas gedämpften Charakter gehabt. Nur Herr Bebel hatte sich nach den Gewohnheiten seiner Partei leisten können, deutlich bis zum Neuersten zu sein; alle übrigen Redner legten sich schlichte Zurückhaltung auf. Auf die Weise könnte die gestrigste Verhandlung des Reichstags den Eindruck machen, als sei große Sympathie für das Unzuchtsgezetz vorhanden. Weil aber fast alle Redner mit der wohlgemeinten Absicht der Erhaltung von Sitte und Sittlichkeit übereinstimmen und wenigstens für die moralischen Tendenzen der Vorlage etwas übrig hatten, darum darf noch lange nicht gesolgt werden, daß zunächst die Kommissionsarbeit und weiterhin die Abstimmungen im Plenum das Gesetz über seine hundertfältigen Fährlichkeiten hinwegbringen werden. Man hat es gestern nur nicht deutlich sagen wollen, daß es auf diese Weise durchaus nicht geht, daß man die Prostitution nicht konservieren kann, und namentlich daß man eine ungesunde Brüderlichkeit und Sittlichkeitsschärferei nicht in das ohnehin schon bedrohte Gebiet künstlerischer Darstellungen hineingreifen lassen darf. Vielleicht wird als letztes Ergebnis nicht viel mehr herauskommen, als daß gewisse Rohheitsverbrechen durch den Strafvollzug schärfer als bisher gehandelt werden, ein Zustand, mit dem sich Jeder-mann einverstanden erklären könnte, wosfern es gelänge, Bürgerschaften gegen eine mißbräuchliche Anwendung dieser neuen Rohheitsparagraphen zu schaffen.

Der „Berl. Aktionär“ erklärt die von der „Nordd. Allgem. Ztg.“ übernommene Meldung über die Änderung der Organisation der Staatsseisenbahnenverwaltung, nach welcher elf Direktionen aufgelöst und dafür drei Generaldirektionen Berlin, Bromberg, Köln gebildet werden sollen etc., für ein Hirngespinst. Es könne noch Jahr und Tag vorgehen, ehe etwas Authentisches veröffentlicht werde.

Der verschwundene Prinz Karl von Bayern, dessen Wiederauffindung in Schwandorf bereits gemeldet wurde, ist inzwischen in Begleitung seines Adjutanten Soden in München gesund wieder eingetroffen.

Unter der Überschrift: „Die Militärvorlage und Vermittlungsanträge zu derselben“ hat bekanntlich die „Kreuztg.“ unter dem 1. Dezember 1892 einen Artikel veröffentlicht, welcher die Stellungnahme der konservativen Parteien zu beeinflussen bestimmt ist. Zu den darin gemachten Vorschlägen bemerkt die „Nordd. Allg. Ztg.“ an leitender Stelle:

Es ist zu bedauern, daß dieses häufig so gut informierte Blatt Darlegungen einen hervorragenden Platz eingeräumt hat, aus welchen sich ein völliges Verkennen der Grundlagen der Militärvorlage ergibt. Dieselbe soll angeblich instruktiven Tendenzen huldigen und die Kraft der Armee schwächen, eine Behauptung, welche den schwersten Vorwurf gegen den Urheber dieses Entwurfs in sich trägt. Allerdings ist eine Beweisführung kaum versucht und die Verjährungsstaaten, welche in den Text eingefügt sind, kann doch nur denselben blenden, welcher sich mit dem Wesen der Sache überhaupt nicht beschäftigt hat. Wir glauben die zuverlässliche Hoffnung aussprechen zu dürfen, daß die Konservativen solchen Führern nicht folgen werden.

Der Finanzminister hat die Vorsitzenden der Einkommenssteuer-Berufungskommissionen durch Verfügung vom 28. November aufgefordert, in Zukunft bei Bearbeitung der Berufungsfälle sorgfältig darauf zu achten, daß den Entscheidungen über die von den Steuerpflichtigen eingelegten Berufungen die der Sachlage entsprechenden Gründe beigegeben werden. Zugleich empfiehlt der Minister, zur Vermeidung von Weiterungen den Gründen der Berufungsentscheidung eine Rechtsbelehrung darüber anzufügen, innerhalb welcher Frist und bei welcher Behörde das Rechtsmittel der Beschwerde statthaft ist.

— Fürst Bismarck passierte am Sonnabend Berlin. Er traf um 5 Uhr 51 Min. auf dem Stettiner Bahnhof ein. Nur etwa 100 Personen waren daselbst erschienen, darunter viele Damen mit Bouquets. Bismarck sah sehr wohl aus und wurde mit Hochs begrüßt. Als man ihm zutrat: „In den Reichstag kommen!“ erwiderte er: „Das ist eine lächerliche Anstrengung für einen alten Mann und auch eine gefälschte!“ Man rief: „Und der Aberg im Reichstag.“ Worauf er die Achseln zuckend und lächelnd erwiderte: „Das sollte mir leid thun!“ „Aber wir“, riefen mehrere. Worauf der Fürst sagte: „Das thäte mir noch mehr leid.“ Nach etwa zehn Minuten wurde der Salonwagen des Fürsten auf den Lehrter Bahnhof übergeführt. Auf dem Lehrter Bahnhof waren etwa 300 bis 400 Personen zur Begrüßung anwesend, darunter Ennecker, Schoof, mit denen er sich lange unterhielt. Auch hier entzögte der Fürst möglic in den Reichstag kommen, was er mit den Worten ablehnte: „Ich bin nicht vergnügungsfähig; wenn man so lange dem Staat gedient hat, nicht ohne Anstrengungen und Erfolge, so hat man das Recht, ruhebedürftig zu sein.“ Die längste Zeit des Aufenthalts verblieb der Fürst Bismarck im Fürstenzimmer, wo er Grog zu sich nahm. — Die „Nat.-Ztg.“ berichtet noch, ein junger Mann überreichte dem Fürsten seine Karte, die offenbar eine Unterredung über Parteiverhältnisse befasste. Der Fürst legte die Karte weg und sagte: „Darüber spricht man doch nur, wenn man allein ist.“

Kußland und Polen.

Riga, 30. Nov. (Orig.-Ber. der „Pos. Ztg.“) Das Finanzressort verwendet bekanntlich momentan seine Haftungskraft darauf, neue Einnahmenquellen für den Staat aufzufinden, um das durch Mehrausgaben zur Bindung des Hungers im Lande und zum Kampfe gegen die Seuche zu einer ganz erheblichen Höhe angewachsene Defizit wenigstens um etwas vermindern zu können. Da nun aber Wissensgradsky seiner Zeit schon das Menschenmögliche mit der Steuerrechtsrechtsleistung, muß sein Nachfolger, vor noch größerer Not stehend, auf Gebiete hinüberschreiten, auf welchen eine Besteuerung sich zum mindesten etwas verwunderlich ausnimmt. Abgesehen von anderen Steuereinführungen erinnere ich an das neuzeitliche Projekt der Wehrsteuer, die einmalig von denjenigen Personen erhoben werden soll, welche aus irgend einem Grunde vom aktuellen Heeresdienst befreit worden sind, und im Weiteren an die Wohnungsteuer, welcher ein jeder zu unterlegen hat, der nicht weniger als 500 Rubel jährlich Miete zahlt. Nach alledem wird man vielleicht noch gar nicht daran gedacht haben, bald aufzuhören mit der An-

strengung seiner Erfindungsgabe zur Geldbeschaffung, denn soeben wurde wieder die Frage in Erörterung gezoget, die verschiedene Handels-Abgaben, die bislang in die Kassen der Städte des Reiches und der Handelskorporationen fllossen, den Städten und Börsenkomitees zu entziehen und der Staatskasse zu zuwenden. Aus diesen Einnahmen würde dann die Regierung durch ein besonderes hierfür zu schaffendes Organ den betreffenden Börsenkomitees und Handelskorporationen einen Theil zuwenden, in dem Betrage natürlich, als sie für angemessen erachtet wird. Solche kommunale Handelsabgaben sind sehr beträchtlich, namentlich sind sie es in den baltischen Provinzen. Andererseits wurde eine Vorlage zur Erhöhung der Handelsabgaben für den Staat ausgearbeitet. Derselben zufolge werden die bis jetzt der sogenannten Reparationssteuer nicht unterworfen gewesenen, im perjöblichen Eigentum der Unternehmer befindlichen Fabrikten derselben Steuer unterstellt werden. Weiterhin soll die ergänzende Prozentsteuer, der die Aktien-Gesellschaften und Erwerbs-Gesellschaften auf Anteil unterliegen, mit dem nächsten Jahre bedeutend erhöht werden. Durch eine derartige Erhöhung und Erweiterung der Staats-Handelsabgaben glaubt man eine Mehreinnahme von 3½ Millionen Rubel zu erzielen. Alle diese und die bereits vorher ausgearbeiteten Steuerprojekte reden eine leider zu beredte Sprache für das russische Staatsbudget und unwillkürlich kommt man zu der Frage: was soll oder kann weiterhin noch gethan werden, nachdem der Staat zur Fütterung seiner diesjährigen Hungers bis zur nächsten Ernte noch weiter Erdedliches ausgeworfen haben wird und falls die angestrebte neue russische Anleihe fernherin immer noch ein frischer Wind bliese? — Nachdem in den Petersburger deutschen Knabenschulen an der lutherischen St. Petri-, Annen- und Katharinen-Kirche sowie an der reformierten Kirche mit dem Beginn des laufenden Schuljahres zum Unterrichten in der mittleren und neueren Geschichte die russische Sprache anbefohlen worden soll laut einer dieser Tage erlassenen ministeriellen Verfügung die gleiche Maßregel auch in den deutschen Mädchenstufen an den genannten Kirchen im nächsten Schuljahr in Anwendung kommen. — Eine sonderbare Russifikationsmaßregel hat der Generalgouverneur von Finnland erlassen, indem er alle finnischen Bataillone angewiesen, zum mindesten eine russische Zeitung zu halten. Von der finnischen Polizei soll nunmehr Kenntnis der russischen Sprache verlangt werden.

Vokales.

Posen, 5. Dezember.

p. Der gestrige Sonntag brachte uns bei den unausgesetzten Himmel herabsteigenden Schneemassen nur wenig Verkehr, und die Straßen waren theilsweise, namentlich in den Nachmittagsstunden, wie ausgetrocknet. Glücklicherweise war die Luft ganz still, so daß der Schnee sich überall gleichmäßig lagerte und eigentliche Verkehrsstörungen nirgends vorkamen. Die Eisenbahnen trieben durchweg zur rechten Zeit hier ein. Heute Morgen ist man überall damit beschäftigt, die Bürgersteige und Rinnsteine frei zu machen und die Stadt lädt den Schnee durch eine große Anzahl angenommener Wagen sehr schnell abfahren.

p. Einbruch. Gestern Morgen gegen 4 Uhr wurde bei einem Zigarrenhändler in der Halbdorfstraße ein Einbruch verübt. Der dicht neben dem Laden schlafende Kommiss erwachte jedoch durch das Geräusch, und als er Licht machte, ergreifte die Diebe schleunigst die Flucht. Leider sind dieselben unerkannt geblieben und konnten bisher nicht ermittelt werden.

p. Feuer. In der Neuen Straße brach am Sonnabend Nachmittag durch die Explosion einer Hängelampe auf dem Turm eines Hauses Feuer aus. Das brennende Petroleum drang in den Laden, doch gelang es den Hausbewohnern, die Flammen schnell zu ersticken, so daß die seitens der Polizei alarmierte Feuerwehr nicht in Thätigkeit zu treten brauchte. — Fast zu gleicher Zeit hatte in der Naumannstraße ein kleiner Stubenbrand stattgefunden, der ebenfalls von den Einwohnern möglich unterdrückt werden konnte. Das Feuer war dort durch ein unachtsam weggeworfenes Bündholz ausgelöscht.

Aus der Provinz Posen.

(Nachdruck der Originalberichte nur mit Quellenangabe gestattet.)

H. Ostrowo, 4. Dez. [Erschossen.] Soeben dringt die erschreckende Kunde hierher, daß gestern der Gendarmerie-Oberwachtmeister Marschner aus Kempen bei einem Patrouillengange im Walde bei Janlow hinterrücks erschossen worden ist. Als Thäter vermutet man Wilddiebe. Trotz eifriger Nachforschungen ist bisher der Thäter noch nicht ermittelt. Auch das höchste Landratsamt ist befußt Anstellung von Recherchen hieron benachrichtigt worden.

O Thorn, 2. Dez. [Ein schwerer Unglücksfall] ereignete sich gestern in Rogow. Der 25jährige Sohn der Frau Wühlenbecker Rüther, der als Werkführer in der Mühle tätig war, geriet beim Schmieren einer Welle in das Getriebe der Mühle. Die beiden Oberschenkel wurden zerquetscht, der rechte Arm vom Körper völlig abgerissen und der linke Arm gebrochen. Der vom Lehrling gemachte Versuch, die Mühle schnell zum Stehen zu bringen, gelang nicht. Die Verümmelungen des Unglücks waren so arg, daß er nach drei Stunden verstarb. Rüther war ein allgemein beliebter Mann und die einzige Stütze seiner Familie.

Telegraphische Nachrichten.

Pest, 3. Dez. Heute ist keine Erkrankung und kein Todessfall an Cholera zur Meldung gekommen.

Petersburg, 3. Dez. Nach Meldungen aus Saratow hat das Kriegsgericht von den wegen Theilnahme an den dortigen Exzessen anlässlich des Ausbruchs der Cholera Angeklagten 23 zum Tode durch den Strang, 38 zu Zwangsarbeit und 18 zu Gefängnis verurtheilt. 75 Angeklagte wurden freigesprochen.

Petersburg, 3. Dez. Heute fand eine Sitzung des Minister-Komitees statt, in welcher über die Finanzierung der sibirischen Bahn berathen wurde, deren Bau die Krone unbedingt selbst übernimmt. Wissensgradsky ist zum Vorsitzenden der Kommission zur Berathung des Extraordinariums des Budgets für das Jahr 1893 ernannt worden. Mitglieder dieser Kommission sind der Finanzminister Witte, der Minister für Kommunikationen Kriwoschein, der Kriegsminister Wanowski, der Marineminister Tschichatschew und der Reichskontrolleur Filippow.

Berl., 3. Dez. Der Bundesrath hat bei der Bundesversammlung die Genehmigung des mit Frankreich abgeschlossenen Handelsübereinkommens samt Annexen in der Voraussetzung genehmigt, daß die vereinbarten Ermäßigungen des französischen

Bollettariis ebenfalls zugestanden werden. Geschehe dies nicht, so werde der Bundesrat noch im Dezember neue Vorschläge zur Wahrung der wirtschaftlichen Interessen der Schweiz einbringen, über deren Sinn kein Zweifel sein könne.

Rom. 3. Dez. Dem Vernehmen nach ist das nächste Konsistorium nunmehr endgültig für die erste Hälfte des Monats Januar anberaumt. In demselben würde der Papst zu Kardinälen ernennen: Den Sekretär der Propaganda Persico, den Unterstaatssekretär Mocenni, den Fürstbischof von Breslau, die Erzbischöfe von Köln, Westminster, Sevilla, Tours und Rouen, die Nunzen in Madrid und Wien, und wahrscheinlich auch den Erzbischof von Dublin.

Paris. 3. Dez. Kasimir Perier, welcher im Laufe des Nachmittags seine Bemühungen zur Kabinetsbildung fortgesetzt hatte, hat so eben auf seine Mission verzichtet.

Paris. 4. Dez. Der bisherige Ackerbauminister Develle begab sich gestern Abend und heute Vormittag zu dem Präsidenten Carnot. Wie verlautet, ist Develle mit Bourgeois, Ribot und Kasimir Perier um das Zustandekommen eines neuen Kabinetts bemüht. Falls diese Bemühungen von Erfolg sein sollten, würde Ribot das Präsidium in dem neuen Kabinett übernehmen.

Paris. 4. Dez. Bourgeois hat bei seiner gestern Abend stattgehabten dritten Unterredung mit dem Präsidenten Carnot nicht, wie das Gerücht ging, den Auftrag zur Bildung eines Kabinetts erhalten.

Paris. 3. Dez. Der Kommissar Clement hat der Panama-Untersuchungskommission die heute Vormittag im Bankhaus Thierrière beschlagnahmten Checks überreicht.

Paris. 3. Dez. Die Panama-Untersuchungskommission prüfte die 26. heute Vormittag beschlagnahmten Checks und beschloß über die Namen der Empfänger Stillschweigen zu beobachten; ein Deputirter befindet sich jedoch nicht darunter. Die Kommission beschloß, die Unterzeichner der mit Beschlag belegten Checks sofort vorzuladen. Die Kommission vernahm den Direktor des Crédit Lyonnais, Germain, welcher die Behauptungen, daß der Crédit Lyonnais der Panama-Gesellschaft zu 85 Prozent Darlehen gegeben habe, als unbegründet zurückwies.

Paris. 3. Dez. Ein Beuge hatte gestern vor der Panama-Untersuchungskommission ausgefragt, daß gewisse auf die Panama-Angelegenheit bezügliche Papiere an den früheren Minister des Innern Constan verkauft worden seien. Constan rückte in Folge dessen an den Vorsitzenden der Kommission ein Schreiben, in welchem diese Behauptung formell für unbegründet erklärt und gleichzeitig dem Bedauern über die Leichtfertigkeit Ausdruck gegeben wird, mit welcher man die Achtung vor der Republik im Lande herabzuwenden bestrebt sei.

Paris. 3. Dez. Die Panama-Untersuchungskommission nahm heute die Deputirten Granet und Boisaut, die gestern von dem Redakteur des "Libre Parole", Martin, bezeichnet worden waren. Beide stellten die Anschuldigungen Martins entschieden in Abrede. Ferner wurde der Senator Albert Renault vernommen, der erklärte, daß zwei der im Bankhaus Thierrière beschlagnahmten Checks, einer von 20 000 Frs. und einer von 5000 Frs., die seinen Namen trügen, ein Guthaben von der gleichen Höhe bedeuteten, welches er an Baron Reinach hatte. Cornelius Herz telegraphierte aus London einen ähnlichen Bescheid bezüglich zweier Checks im Betrage von je einer Million, die er vom Baron Reinach empfangen hatte. Die durch den Polizeikommissar Clément beschlagnahmten Checks lauten auf folgende Namen: Cornelius Herz zwei Checks von je einer Million, Chabert 195 000 Frs. und 140 475 Frs., Chébillard ein Check von 15 000 Frs. und vier von je 100 000 Frs., eine unleserliche Unterschrift 80 000 Frs., Davoust 50 000 Frs., Crédit Mobilière 40 000 Frs., an die Ordre von Kohn-Reinach 40 000 Frs., Duvergier 40 000 Frs., Havre als Guthaben bei Kohn-Reinach 25 000 Frs., Elouït 25 000 Frs., Simon im Geschäft des Wechselagenten Jasmin, Crédit Mobilière, Altmann, Castellan, Burrier, Braslon, Schmidt und der Senator Albert Grévy je 20 000 Frs. und Léon Renault 20 000 Francs und 5000 Frs.

Paris. 4. Dez. Das von dem Journal "Cocardé" erwähnte Gerücht, daß auch Adolphe Carnot, der Bruder des Präsidenten, unter den Namen auf der Liste der beschlagnahmten Checks vorkomme, wird in einem Schreiben Adolphe Carnots an die "Agence Havas" als durchaus unbegründet bezeichnet.

Paris. 4. Dez. Nach einem Telegramm aus Portonovo schickten die Küstenstädte Whydah, Amufete, Godomey, Abomey, Calari und Gobmegobo Abgesandte an den Gouverneur, um ihre Unterwerfung anzugeben. Whydah ist seit gestern von einer französischen Garnison besetzt. Auch in den anderen Städten steht bereits die französische Flagge, morgen sollen französische Truppen auch diese Städte befreien.

Nach Meldungen aus Tanger von heute, hat der Gesandte Frankreichs, d'Aubigny, gestern Fez verlassen.

Brüssel. 3. Dez. Die "Indépendance belge" sagt mit Bezug auf eine geistige Versammlung der Delegierten der zur lateinischen Münzunion gehörigen Mächte, es sei anerkannt worden, daß bei Prüfung der Vorschläge Rothschild-Söthe-Devy die Haltung der Delegierten der zur Münzunion gehörigen Staaten, welche zu der mit Prüfung der Rothschildischen Vorschläge beauftragten Kommission gehörten, sich ganz in der ihnen vorgezeichneten Richtung gehalten hätten und daß die Delegierten dafür die aufsichtliche Anerkennung verdienten. Man habe auch die Frage diskutiert, ob es am Platze sei, im Anschluß an den Bericht der Prüfungskommission, vor der Münzkonferenz das Programm der lateinischen Münzunion zu entwideln. Diese Frage sei in verneinendem Sinne entschieden worden. Der Hauptgrund für die Entscheidung stehe darin, daß die einzigen positiven Vorschläge, welche aus den Abstimmungen der Kommission hervorgehen zu wollen schienen, von sekundärer Bedeutung und nicht allen Mitgliedern der Münzunion genehm wären, besonders nicht Italien, welches die Zurückziehung der kleinen Banknoten und der Goldstücke unter 20 Frs. aus dem Verkehr nicht mit günstigem Auge ansehen könne. In Folge dessen würden die Mitglieder der Münzunion fortfahren, bis sie neue Weisungen erhalten, ihre zuwartende Haltung zu bewahren.

Madrid. 4. Dez. Die schwedende Schulden belief sich am 1. Dezember d. J. auf 195 977 000 Pesetas, 45 650 000 Francs und 174 000 Pf. Sterling. Die im laufenden Etat jahr aufgenommene schwedende Schulde beziffert sich auf 27 636 000 Pesetas, 45 650 000 Francs und 274 000 Pf. Sterling.

Lissabon. 3. Dez. Alle deutschen Häfen sind seit dem 1. d. Wts. für seuchenfrei erklärt worden.

Lüttich. 4. Dez. Nach aus Serail hier eingegangener Meldung fand heute Vormittag in einem Gebäude der Codexischen Werke die Explosion einer Dynamit-Patrone statt, die vor der Thür des Abtheilungs-Bureaus für Eisen niedergelegt war. Die Thür sprang in Stücke. Von zwei Beamten, die sich in der Nähe befanden, wurde einer leicht verletzt. Der angerichtete materielle Schaden ist beträchtlich. Die gerichtliche Untersuchung ist eingeleitet.

Bukarest. 3. Dez. Die Deputirtenkammer genehmigte mit sehr großer Mehrheit die Dringlichkeit für die aus der Initiative des Parlaments hervorgegangene Vorlage, dem Thronfolger eine jährliche Apanage von 300 000 Frs. zu bewilligen, von welcher die Hälfte auf die Prinzessin-Prinzessin Mary von Edinburgh übertragbar sein soll. — Der Berichterstatter Majoresco legte den Entwurf zu einer Adresse vor, in welcher besonders die Stellen der Thronfolger herbegehoben werden, die von der Heirath des Thronfolgers und den Besuchen des Königs in Wien und London handeln, ferner wird die sehr günstige Lage der Finanzen des Landes konstatiert.

Bukarest. 3. Dez. In dem Prozeß um die Zappa'sche Erbschaft verweigerten die Vertreter der griechischen Regierung die den ausländischen Prozeßparteien obliegende Hinterlegung einer Prozeßkaution mit der Begründung, daß die griechische Regierung gegen die Erben Zappas prozeßiere, der rumänische Staat aber an der Angelegenheit nur in sehr geringem Grade beteiligt sei. Der Gerichtshof hat daher auf Ausschluß der griechischen Regierung als Prozeßpartei erkannt. Der Termin für die nächste Verhandlung ist auf den 27. Januar f. S. festgesetzt.

Sofia. 3. Dez. Die "Swoboda" meldet: Eine Privatversammlung fast aller Abgeordneten der Regierungspartei, der auch die Minister beiwohnen, berieb verschiedene von der Regierung angeregte Änderungen der Verfassung. Dieselben sollen, ohne die bestehenden Rechte und Freiheiten des Volkes im mindesten zu schmälern, einige durch die Verfassung nicht vorgegebene Angelegenheiten, wie den Titel des Prinzen und die Ordensverleihungen, in eine legale Form kleiden. Ferner verlangt die Regierung die Verminderung der Zahl der Deputirten, so daß statt auf 10 000 Einwohner auf je 20 000 Einwohner ein Deputirter kommt, sodann eine gesetzähnliche Auslegung des Artikels bezüglich der geheimen Abstimmung, eine Vermehrung der Ministerien um zwei, schließlich die Änderung des die Religion der Nachkommen des Fürsten betreffenden Artikels. Falls zwei Drittel der gesammten Deputirten diesen Vorschlägen zustimmen, erfolgt die Einberufung der großen Nationalversammlung, der die Entscheidung anheimgestellt werden soll.

Washington. 3. Dez. Der jährliche Bericht des Generalstabsarztes Wymann den Schatzsekretär befürwortet, daß während des Jahres 1893 jede Einwanderung nach den Vereinigten Staaten verboten werde, um den Ausbruch der Cholera zu verhüten, der die Chicagoer Weltausstellung schädigen könnte. Es verlautet, daß der Schatzsekretär jenen Vorschlag begünstige.

Handel und Verkehr.

**** Berlin.** 3. Dez. Wochenübersicht der Reichsbank vom 30. Novbr.

Aktiva.

1) Metallbestand (der Bestand an courssfähigem deutschem Gelde und an Gold in Barren oder ausländischen Münzen) das Pfund sehn zu 1392 Mark berechnet. Mark 871 609 000 Abn. 4 227 000
2) Best. an Reichskassenf. = 22 083 000 Bun. 16 000
3) do. Noten anderer Banken = 10 578 000 Abn. 317 000
4) do. an Wechseln = 565 677 000 Bun. 3 833 000
5) do. an Lombardforderung. = 87 158 000 Bun. 2 625 000
6) do. an Effeten = 9 309 000 Abn. 62 000
7) do. an sonstigen Aktiven = 36 509 000 Bun. 1 249 000

Passiva.

8) das Grundkapital Mark 120 000 000 unverändert.
9) der Reservefonds = 30 000 000 unverändert.
10) d. Betr. d. umlauf. Not. = 1 005 824 000 Bun. 10 463 000
11) der sonst. tägl. fälligen Verbindlichkeiten = 429 379 000 Abn. 7 839 000
12) die sonstigen Postiva = 8 028 000 Bun. 9 000
Bei den Abrechnungsstellen sind im Monat November 1892 abgerechnet 1 326 973 600 M.

**** Wien.** 3. Dez. Ausweis der österr.-ungarischen Bank vom 30. November*.)

Notenumlauf	462 924 000 Abn.	4 990 000 JL
Silbercourant	168 465 000 Abn.	170 000
Goldsbarren	105 511 000 Abn.	729 000
In Gold zahlbl. Wechsel	14 703 000 Bun.	765 000
Portefeuille	159 377 000 Abn.	6 342 000
Lombard	23 923 000 Abn.	118 000
Hypotheken-Darlehn	120 347 000 Bun.	253 000
Handbriefe im Umlauf	117 476 000 Bun.	414 000
Steuerfreie Notenreserve	33 107 000 Bun.	4 242 000

*.) Ab- und Zunahme gegen den Stand vom 23. Nov.

Marktberichte.

Bromberg. 3. Dez. (Amtlicher Bericht der Handelskammer.) Weizen 136—144 M., feinster über Notiz. — Roggen 112—126 M. feinster über Notiz. — Gerste nach Qualität 125—130 M. — Brau 135—140 M. — Getreide, Futter 120—133 M. — Roggenschrot 145—160 M. — Hafer 135—142 M. — Spiritus 70er 29,50 Mark.

Marktpreise zu Breslau am 3. Dezbr.

Festsetzungen der städtischen Markt- notierungskommission.	gute		mittlere		gering. Ware	
	Höch- ster	Mie- drißt	Höch- ster	Mie- drißt	Höch- ster	Mie- drißt
Wt. Pf.	M. Pf.	Wt. Pf.	M. Pf.	Wt. Pf.	M. Pf.	Wt. Pf.
Weizen, weißer	14 90	14 70	14 40	13 90	12 90	12 40
Weizen, gelber	pro	14 80	14 60	14 30	13 80	12 80
Roggen		13 10	12 80	12 60	12 30	11 80
Gerste	100		14 60	13 90	12 90	12 10
Hafer	Kilo	12 90	12 70	12 30	12 10	11 60
Erdbe		16 50	15 50	15 —	14 50	13 50
						12 50

Festsetzungen der Handelskammer-Kommission.

feine mittlere ord. Ware.

Raps per 100 Kilogr. 22,80 21,80 20,— Mark.

Winterrüben . . . 22,— 21,— 20,—

Verein früherer Mittelschüler.

Montag, den 5. Dezember d. J. Abends 8^{1/2}. Uhr

Monatsversammlung.

1. Vortrag über „Fritz Reuter“.

2. Geschäftliches.

3. Gemütliches Versammeln.

Gäste willkommen.

Der Vorstand.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Dezember 1892.

Datum	Barometer auf 0/ Gr. reduz. in mm;	Wind	Wetter.	Temp. Grad
Stunde	66 m Seehöhe			
3. Nachm. 2	76,4	W leicht	heiter	- 3,7
3. Abends 9	75,1	WSW leicht	halb heiter	- 8,9
4. Morgs. 7	74,9	SSW stark	bedeckt	- 4,0
4. Nachm. 2	74,2	S frisch	bedeckt	1,6
4. Abends 9	74,6	SSW frisch	bedeckt	+ 0,2
5. Morgs. 7	74,8	W leicht	bedeckt	- 0,0

¹⁾ Von früh bis 3 Uhr starker Schneefall, Abends Schnee.
Am 2. Dez. Wärme-Maximum — 1,4° Cels.
Am 3. = Wärme-Minimum — 9,° =
Am 4. = Wärme-Maximum + 0,3° =
Am 4. = Wärme-Minimum — 8,9° =

Wasserstand der Warthe.

Posen, am

